



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

jede und jeder von uns ist weiterhin gefragt, einen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung der Corona-Pandemie zu leisten. Denn die erreichten Fortschritte bei der Verlangsamung der Neuinfektionen reichen noch nicht aus. Somit ist es folgerichtig, dass die Einschränkungen nun über den November hinaus verlängert werden. Die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Länderchefinnen und -chefs vom vergangenen Mittwoch zeigen aber auch ermunternde Perspektiven für die Weihnachtszeit auf. Die ersten Meldungen über wirksame Impfstoffe sind ein weiterer Hoffnungsschimmer in schwierigen Zeiten. Genauso zielstrebig, wie wir die Impfstoffentwicklung vorangetrieben haben, sollten wir jetzt die praktische Umsetzung einer flächendeckenden Impfstrategie vorantreiben. Wir brauchen ein reibungsloses Zusammenspiel von Kontaktreduzierung, Nachverfolgung, Schnelltests und Impfungen, um Deutschland weiter gut durch diese Krise zu steuern. Die erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie ist auch ein politischer und finanzieller Kraftakt. Wir erleben zurzeit eine Phase größter finanzieller Hilfsbereitschaft mit den am schwersten von der Krise betroffenen Bevölkerungsgruppen und Branchen. Phantomdebatten über neue Umverteilung und Steuererhöhungen untergraben diesen Zusammenhalt. Für unseren wirtschaftlichen Neustart brauchen wir das Vertrauen von Unternehmern, Selbständigen und Arbeitnehmern. Wir als Union werden darüber hinaus darauf achten, dass die Tragweite und die Entschlusskraft der Corona-Schutzmaßnahmen mit einer fairen Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einhergeht.

Am Donnerstag habe ich erneut die Freude gehabt, im Zuge einer familienpolitischen Debatte eine Rede im Plenum des Deutschen Bundestages zu halten. Lesen Sie bitte mehr dazu auf der kommenden Seite.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Familien können sich auf die Union verlassen

Am Donnerstag, dem 26. November 2020, fand im Deutschen Bundestag eine familienpolitische Debatte statt. Ich durfte für meine Fraktion als erste ans Rednerpult treten. Für mich und meine Fraktion habe ich klargestellt, dass wir als Union eine zukunftsweisende und an den Bedürfnissen unserer modernen Gesellschaft ausgerichtete Familienpolitik wollen und betreiben.

Die allermeisten Paare in Deutschland wollen ihr Familienleben mit ihrer Berufstätigkeit unter einen Hut bringen. Frauen wollen sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden müssen. Sie wollen beides, und das ist ihr gutes Recht. Dazu schaffen wir den nötigen Rahmen.



Nach dem Ausbau der Kinderbetreuung im Krippen- und Kitabereich ist ein weiteres Instrument der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Auch in der Pandemie haben wir zahlreiche Initiativen ergriffen, um Familien mit Kindern gezielt zu unterstützen. Wir haben den Zugang zum Kinderzuschlag stark vereinfacht. Analog zum erhöhten Kindergeld wird ein Kinderbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind gezahlt. Alleinerziehende werden steuerlich entlastet. Wir haben die Dauer der Entschädigungszahlung für Eltern verlängert und Anpassungen beim Elterngeld vorgenommen. In den Jahren 2020/21 stellen wir 1 Milliarde Euro zusätzlich für den Kita-Ausbau zur Verfügung usw. Die Liste ließe sich noch beliebig verlängern. Klicken Sie auf das Bild und schauen Sie sich meine Rede in Gänze an.



## Bericht aus Berlin

### Beruf und Familie leichter unter einen Hut bringen

In erster Lesung diskutierten wir am letzten Tag dieser Sitzungswoche den Entwurf eines Gesetzes, durch das Familien mehr zeitliche Freiräume verschafft und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen weiter unterstützt werden. Das Elterngeld ist eine zentrale Familienleistung und ein unerlässlicher Baustein moderner Familienpolitik. Die geplanten Änderungen sollen die Angebote zur Nutzung des Elterngeldes noch



flexibler und passgenauer machen. Daneben sieht das Gesetz vor, Eltern besonders früh geborener Kinder stärker zu unterstützen und einen Elterngeldmonat zusätzlich auszus zahlen. Gleichzeitig werden Vereinfachungen geschaffen, um Elterngeldstellen und Eltern selbst von bürokratischen Hürden zu entlasten. Mit diesem Gesetzentwurf unterstützen wir Paare in Deutschland dabei, ihr Familienleben mit ihrer Berufstätigkeit unter einen Hut bringen, sofern dies ihr Wunsch ist.

### Öffentliche Anhörung zur Bürokratiebelastung im Ehrenamt

Die Datenschutzgrundverordnung im Speziellen und Bürokratie im Allgemeinen sind besonders für ehrenamtliche Vereine häufig schwierige Herausforderungen. Um neue Wege zu finden, Vereine zu entlasten, hat der Familienausschuss eine öffentliche Anhörung mit verschiedenen Expertinnen und Experten zu diesen Themen durchgeführt. Bei der Anhörung ist die weit verbreitete Verunsicherung unter Engagierten thematisiert worden. Diese resultiert vielfach u. a. aus dem komplexen Steuerrecht, dem Urheber- und dem Pauschalreiserecht sowie Haftungsfragen. Es gibt definitiv viele Baustellen, auf denen wir für Erleichterungen für die ehrenamtliche Vereinsarbeit zu kämpfen haben. Uns, die Engagementpolitikerinnen und -politiker der Union hat das Ehrenamt auf jeden Fall auf seiner Seite. Die Anhörung ist in der Mediathek abrufbar. Klicken Sie bitte [hier](#).





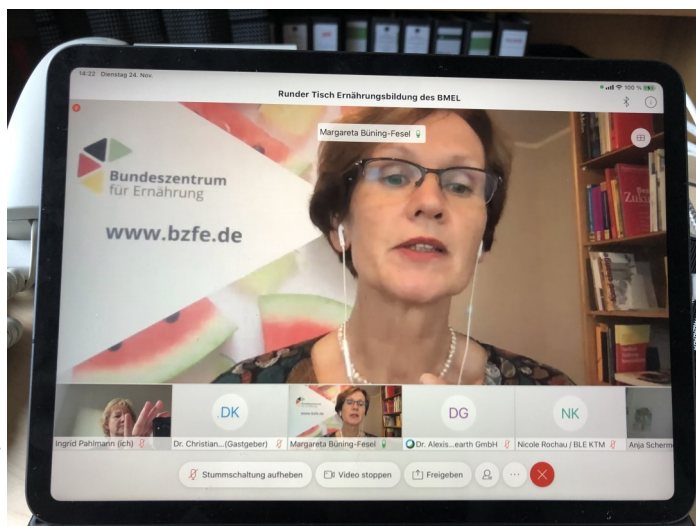


## Bericht aus Berlin

### Ernährungsbildung in Schulen stärken

Mit Fachleuten und Praktikern aus Politik, Schule und Wissenschaft tauschte ich mich am Dienstag im Rahmen eines digitalen Runden Tisches über die Ernährungsbildung in Schulen aus. Die Expertenrunde wurde durch die Bundesernährungsministerin Julia Klöckner zusammengebracht. Diskutiert wurden die Ergebnisse der vom Bundesministerium in Auftrag gegebenen Studie „Ernährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen“ sowie ein darauf aufbauendes Konzept zur Verankerung der Themen Essen und Ernährung in der Schullaufbahn und zur besseren Vorbereitung der Lehrerinnen und Lehrer. Mit dem Konzept bietet das Bundesministerium den Bundesländern Unterstützung in Form von Unterrichtsmaterialien, Fortbildungen und Kooperation mit Bildungspartnern.

Ich halte es für essenziell, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig an das wichtige und uns alle betreffende Thema herangeführt werden.



### Weingesetz wird novelliert — gut für deutsche Winzer

Diese Gesetzesreform hat zum Ziel, dass die deutschen Winzer ihren Absatz wieder steigern können und bessere Erlöse erzielen. Hierfür sieht das Gesetz ein neues System der Herkunftskennzeichnung und die Erhöhung der Mittel der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Absatzförderung von 1,5 auf 2 Mio. Euro sowie die Verlängerung der Beschränkung der Pflanzgenehmigungen auf 0,3-Prozent vor. Weiterhin soll aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst unbürokratisch eine schnelle Markteinführung neuer Rebsorten bewirkt werden. Diese Reform bietet große Chancen insbesondere für die junge Generation der Winzer.





## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

**Unterstützung der Entwicklung einer langfristigen Friedenslösung in Bergkarabach.** Mit unserem Antrag begrüßt der Deutsche Bundestag, dass in Bergkarabach nach der schwerwiegenden Eskalation der vergangenen Jahrzehnte seit dem 10. November 2020 die Waffen schweigen. Jetzt ist es an der Zeit, sich gemeinsam mit den Partnern in der EU, der OSZE, und den Vereinten Nationen stärker für eine nachhaltige Friedenslösung zwischen Armenien und Aserbaidschan zu engagieren. Um gelebte Glaubensfreiheit und freie Religionsausübung in der gesamten Region zu erhalten, müssen Christen und Muslime gleichberechtigt in der Lage sein, in Frieden und in Freiheit zu leben. Da hierfür Bildung und kulturelles Verständnis Grundlage sind und diese wiederum durch Kulturgüter sichtbar werden, muss in den Friedensbemühungen sichergestellt werden, dass wertvolle Kulturgüter, insbesondere die christlichen Klöster, die teilweise aus der Spätantike stammen, als kulturelles Erbe geschützt und für die nachfolgenden Generationen bewahrt werden.

**Schutz von exotischen Tieren bei Handel und Haltung verbessern – Ursachen für Pandemien bekämpfen.** Mit unserer Initiative werden die Probleme bei Handel und Haltung von exotischen Tieren thematisiert, insbesondere die Einflüsse auf die Artenvielfalt und den Tierschutz, aber auch die Verminderung der möglichen Übertragung von Krankheiten durch Tiere auf den Menschen. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die stärkere Regulierung und Kontrolle von Tierbörsen zu schaffen, das Informationsangebot für Halter weiter zu verbessern, den Onlinehandel von Wildfängen und den herkömmlichen Handel insgesamt stärker zu regulieren, den anonymen Handel zu unterbinden, die Kontrollen bei der Einfuhr zu verstärken und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern beim Artenschutz zu verbessern.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Verpackungsgesetzes.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir ein Gesetz, das Letztvertreiber das Inverkehrbringen von leichten Kunststofftragetaschen verbietet. Ausgenommen sind solche mit einer Wandstärke von weniger als 15 Mikrometern. Das sind vor allem sogenannte "Hemdchen- bzw. Knotenbeutel", die für Obst und Gemüse verwendet werden. Mit dem Verbot soll der positive Trend der Reduzierung des Verbrauchs leichter Kunststofftragetaschen konsequent fortgesetzt werden. Es soll die Ressourceneffizienz verbessern und die Umweltbelastung durch Vermüllung verringern.

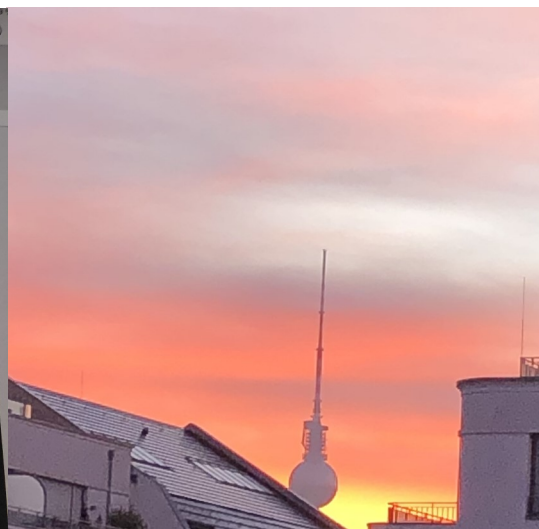
Einen Überblick über die rund 26 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).





## Bericht aus Berlin

### Impressionen aus Berlin



Videokonferenz von Green Biotech Europe  
"Lücke im System: Wenn in Deutschland Eiweiß fehlt"

Sonnenaufgang in Berlin.



Virtuelle Fraktionssitzung der Union — Austausch mit der Bundeskanzlerin  
über die aktuellen Corona-Herausforderungen und die nötigen Schritte.



## Bericht aus dem Wahlkreis

### 3,15 Millionen Euro für schnelles Internet gehen nach Peine — aktueller Förderbescheid vom Bund

Gute Nachrichten für den Landkreis Peine: Mit dem aktuellen Förderbescheid aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erhält die Region 3,15 Mio. Euro für den Breitbandausbau. 2 Mio. Euro steuert das Land Niedersachsen bei, rund 1,2 Mio. Euro an Eigenmitteln teilen sich der Landkreis, die Stadt Peine und die weiteren Kommunen.

Damit können nun fast 1150 private Haushalte, 21 Unternehmen und 20 Schulen erschlossen werden. Eine zeitgemäße digitale Infrastruktur ist ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr über den großartigen Förderbescheid aus Berlin. Die anstehenden Investitionen werden unseren Landkreis in Sachen Digitalisierung ein ganzes Stück nach vorne bringen.



Der Bund fördert zunächst in sogenannten ‚weißen Flecken‘ und plant das Förderprogramm auf sogenannte ‚graue Flecken‘ auszuweiten. Als ‚weiße Flecken‘ gelten unterversorgte Gebiete, in denen aktuell keine Next-Generation-Access-Versorgung (kurz: NGA-Versorgung mit mindestens 30 Mbit/s) besteht und in den nächsten drei Jahren keine NGA-Netze geplant sind. Bei ‚grauen Flecken‘ handelt es sich um Gebiete, in denen aktuell lediglich ein NGA-Netz verfügbar ist und in den kommenden drei Jahren kein weiteres NGA-Netz geplant ist.

Das bereits im Oktober 2015 gestartete Bundesprogramm wurde 2018 neu aufgelegt. Das übergeordnete Ziel ist superschnelles Internet mit mindestens 1 Gigabit/s in ganz Deutschland bis zum Jahr 2025. Mit der Förderung konnte die Bundesregierung bereits 2,2 Mio. Anschlüsse mit schnellem Internet versorgen.



**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

Bilder:

**Kopfzeile S. 2-6:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

**Kopfzeile S. 7:** Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de;

**Kopfzeile S. 8:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

**S. 2 und 3 (unteres Bild):** Screenshot Deutscher Bundestag;

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.